



KOMMENTAR

Von Wilhelm Schmülling



Die Folgen der Finanzmarktkrise zahlen auch wir – nicht nur unsere Kinder

Die Krise in der Finanzwelt ist in der Arbeitswelt angekommen, neudeutsch in der Realwirtschaft. Noch im Dezember hörte man schnippisch von Bankern: „Welche Krise? Die Banken werden das schon regeln.“ Nun verderben einem die Radio-Nachrichten jeden Tag das Frühstück. Zur jeweils vollen Stunde werden die Firmen genannt, die Tausende von Mitarbeitern entlassen – angeblich um zu überleben. Und täglich werden es mehr.

Es ist schon erstaunlich, wie unsere Politiker um die nächste und übernächste Generation besorgt sind. Man dürfe ihnen nicht die Schulden von heute aufbürden. Wer könnte da widersprechen? Gesagt wird, man wolle eigentlich Schulden abbauen, man müsse aber neue Schulden zur Rettung der Konjunktur aufnehmen. Das Haus brenne, also müssen wir jetzt die Feuerwehr rufen – ohne zu fragen, was der Einsatz kostet. Wer kennt die Zahlen der Hilfspakete, wer die Namen der Empfänger? Klar, wir wissen um die Höhe der staatlichen Bürgschaften für die Banken, aber bevor diese Bürgschaften fällig werden, holt man immer mehr von den versteckten „toxischen“ (giftigen) Papieren aus dem Keller.

Redakteure im „Presseklub“ am 1. Februar schätzten, dass erst die Hälfte dieser Papiere abgeschrieben worden sei. Im Sommer kommt die Wahrheit auf den Tisch. Dann muss der Staat einspringen, wenn er das Versprechen „Die Bankguthaben sind sicher“ einlösen will. Denn wenn die Banken ihre uneinbringlichen Forderungen abschreiben, bedeutet das eine entsprechende Absenkung des Bank-Eigenkapitals. Reicht das Eigenkapital nicht aus, ist die Bank pleite.

Wie bedrohlich für den Staat: Entweder muss er die Bank für den symbolischen einen Euro kaufen (praktisch enteignen), oder er lässt die Bank pleite gehen. In beiden Fällen will nun der Staat alle Verpflichtungen gegenüber den Bankkunden übernehmen. Woher will der Staat das Geld dafür borgen? Von den anderen Banken, die – noch nicht – pleite sind? Damit ist ein Ende mit Schrecken abzusehen. Als letzter Ausweg bleibt das Geld drucken durch die Notenbank, wie es die FED in Amerika bereits vormacht.

Doch all das scheint für viele Bürger – soweit sie ihren Job noch haben – keine aktuelle Bedrohung ihres Lebensstandards zu sein. Das wird sich leider ändern. Die steigende Arbeitslosigkeit belastet die Bundesagentur für Arbeit

enorm, obgleich sie auf Rücklagen von 16,7 Mrd. Euro zurückgreifen kann. DIE WELT vom 6. Februar 2009 berichtet in unscheinbarer Aufmachung von einer „sich dramatisch verschlechternden Finanzlage“ der Bundesagentur. Wenn sie im nächsten Jahr 23 Mrd. € mehr ausgeben muss als sie einnimmt, dann ist die Finanzkrise wirklich ganz tief in der Arbeits- bzw. Nichtarbeitswelt angekommen. Wer glaubt da noch, dass auch diese Last auf die nächste Generation abgeschoben werden kann? Nein, das Defizit wird Auswirkungen auf die Leistungen der Bundesagentur haben. Dies ist nur ein Beispiel für weitere Folgen („Grausamkeiten“) im sozialen Bereich, die durch die Finanzkrise ausgelöst wurden.

Gleichwohl ist die Finanzkrise nicht Ursache der Misere, sondern muss unserer kapitalistischen Geldordnung angelastet werden, mit der das exponentielle Überwachstum der Geldvermögen erst möglich wird. Dieses Finanzsystem Kapitalismus hat versagt, nicht die Marktwirtschaft. Wir haben den Kapitalismus zugelassen, wir müssen nun zahlen – jetzt, nicht nur unsere Kinder. Der Kapitalismus geht mit schrecklichen Leiden unter. Legen wir jetzt den Grundstein für ein nachkapitalistisches Wirtschaftssystem. ■